lila

Links im Landtag

Winter 2025

Lohn, Rente, Pflege und Gesundheit:

Würde ist kein Luxus!

Neue Zeiten im Parlament

Ein Landtag ohne feste Mehrheit – geht das?

Seite 3

Keine Angst vorm Alter

Unser Weg zu gerechter Pflege

Seite 4

Unterschätztes Problem

Einsamkeit auf den Schirm!

Seite 5

Die Linke

Fraktion im Sächsischen Landtag

lila
Links im Landtag

Foto: Thomas Schlorke

Susanne Schaper
ist die Vorsitzende der Fraktion Die Linke im Sächsischen Landtag.

Liebe Leserin, lieber Leser!

In Zeiten wie diesen fällt es schwer, zuversichtlich zu bleiben. Preise werden erhöht, Wohnen verteuert, Krankenhäuser geschlossen, die Kriegsgefahr wächst. Ich wäre aber keine Linke, wenn ich nicht hoffen würde.
Wir glauben daran, dass wir unsere Gesellschaft gerechter und friedlicher machen können.
Dafür arbeiten wir – im Landtag und außerhalb.

Unter den gegenwärtigen Krisen leiden schon jetzt besonders die Menschen mit niedrigem oder mittlerem Einkommen. Sie dürfen nicht weiter belastet werden. Richtig wäre: Wer große Einkommen, Millionenvermögen oder riesige Erbschaften genießt, muss stärker beitragen! Das macht keinen arm, aber alle reicher.

Beste Gesundheit, würdevolle Pflege, Sicherheit bei Jobverlust und gute Renten sind möglich, wenn alle solidarisch mitwirken. Wussten Sie, dass Großverdiener nur für einen Teil ihres Einkommens Sozialbeiträge zahlen müssen? Die „Beitragsbemessungsgrenze“ sorgt dafür, dass Beiträge für die Renten- und Arbeitslosenversicherung nur bis zu einem Jahreseinkommen von derzeit 96.600 Euro brutto anfallen. Bei der Kranken- und Pflegeversicherung wird ab 66.150 Euro gekappt. Jeden weiteren Euro gibt‘s beitragsfrei. Wir finden das ungerecht. Und Sie? Ich meine: **Es ist höchste Zeit für gerechte Sozialabgaben und eine Vermögensteuer.** Streichen sollten wir hingegen die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel. Das würde das Leben aller erleichtern, die wenig Geld haben.

Übrigens: In Sachsen gibt es immer mehr Einkommensmillionäre. 2022 nahmen 599 Personen eine Million Euro oder mehr ein, die mit den höchsten Einkünften fast 24 Millionen. Neuere Zahlen liegen nicht vor. Was wir aber wissen: Die Steuerverwaltung prüft kaum einen dieser Superreichen. 2022 schaute sie nur bei einem Prozent der Fälle genauer hin. Auch das wollen wir ändern!

Derweil müssen immer mehr Rentnerinnen und Rentner Steuern zahlen. Das betrifft absehbar alle, die mehr bekommen als den Grundfreibetrag von derzeit 12.084 Euro im Jahr. Schon ein paar hundert Euro Steuern sind für viele eine große Belastung, zumal man im Alter die Pflegeversicherung alleine bezahlen muss. Wir wollen kleine Renten komplett und mittlere Renten weitestgehend davon befreien. Eine garantierte Mindestrente muss vor Armut schützen. Derzeit wären das 1.400 Euro netto.

Dann wären weniger Menschen gezwungen, im Ruhestand weiterzuarbeiten. 2024 waren im Freistaat mehr als 62.000 Ältere berufstätig, sicher nicht alle freiwillig. Ihre Zahl steigt, wie die Zahl derer, die Grundsicherung im Alter brauchen. Letztes Jahr waren das fast 20.000, mehr als dreimal so viele wie 2003. **Ein Café-Besuch oder der Geburtstag des Enkelkinds dürfen niemandem Sorgenfalten auf die Stirn treiben!** Um Altersarmut zu vermeiden, muss der Staat Druck für höhere Löhne machen – etwa indem er Aufträge nur an Unternehmen vergibt, die ihre Leute ordentlich bezahlen.

Eine Hoffnung, die wir ebenfalls nicht aufgeben, ist die auf Frieden. Seit ich mich erinnern kann, war mein Opa so klein wie ein Kind. Schon mit zehn, elf Jahren war ich größer gewachsen als er. Der Grund: Im Krieg hatte man ihm die Beine weggeschossen, er musste von da an gewissermaßen auf Knien laufen. „Das hat man nun davon“, hat er mir immer wieder gesagt. Ich werde das nie vergessen und bin überzeugt: Wir kommen dem Frieden nicht näher, indem wir unsere Gesellschaft militarisieren. Deshalb lehnen wir auch die Wehrpflicht ab. Die NATO unterhält schon die mit Abstand größten Streitkräfte der Welt. Landesverteidigung erfordert Spezialfähigkeiten und damit Berufssoldatinnen und -soldaten. Für Zwangsdienste hingegen müssen Ausbildung, Studium oder Auslandsaufenthalt verschoben oder unterbrochen werden. So verlieren die jungen Leute Freiheit, Zeit und aufs Leben gerechnet auch Einkommen. Wenn es zum Äußersten kommt, verlieren sie Gesundheit oder Leben. Für mich jedenfalls ist klar: Meine Kinder geb‘ ich nicht!

Wir wünschen Ihnen schon jetzt liebevolle Festtage und uns allen ein friedliches 2026.

Ihre Susanne Schaper

Link zur Abgeordnetenwebsite
www.linksfraktionsachsen.de/susanne-schaper

2024 gelang es in Sachsen erstmals nicht, eine Mehrheitsregierung zu bilden – das BSW ließ die Verhandlungen darüber platzen. Als Minderheitsregierung müssen CDU und SPD jetzt für jedes Vorhaben erst eine Mehrheit suchen, damit es nicht auf die Rechtsradikalen ankommt. **Das hat Folgen.**

Neue Zeiten im Parlament

Der Landtag ohne feste Mehrheit – geht das?

Wie arbeitet das Parlament jetzt?

Es werden vor allem Initiativen beraten, die Aussicht auf Erfolg haben. Die Regierungsseite klärt vorab, ob ein Vorhaben eine Mehrheit finden kann, und bringt es nur dann ins Parlament ein. Sie „konsultiert“ also die Fraktionen. Für diesen Konsultationsmechanismus gibt es Gesprächsformate der Fraktionsvorsitzenden und der Parlamentarischen Geschäftsführungen. Sie besprechen auch Forderungen, die von der Opposition kommen. Wenn sich die Koalition hierzu eine Zustimmung vorstellen kann, stellt sie Änderungsanträge, über die verhandelt wird.

Welche Vorteile hat das?

Die alten Rituale sind Geschichte: Früher war klar, dass Regierungsvorhaben durchgehen und Oppositionsforderungen aus Prinzip nicht. Jetzt zählt der Inhalt eines Vorschlages, nicht der Absender. Das birgt die Chance auf weniger Parteienstreit und mehr Sachdebatten.

Und was sind die Nachteile?

Es läuft bisher nicht wie geschmiert, der Kommunikationsaufwand ist riesig. Folglich dauert vieles länger. Die Fraktionen müssen Vertrauen entwickeln und Verlässlichkeit beweisen. Das gelingt längst nicht allen.

Welche Rolle spielt die Linksfraktion?

Wir bleiben Opposition, auch wenn wir mitgestalten. Wir wissen um unsere Verantwortung und wollen das Gemeinwohl ins Zentrum stellen, ohne uns das eigene Spiegelbild zum Feind zu machen. So haben wir Michael Kretschmer mit zum Ministerpräsidenten gewählt. Wir machen aber keineswegs alles mit, was die Regierung will – Stichwort Polizeigesetz. Wir sagen, was wir tun, und tun, was wir sagen. Zwar stellt Die Linke vorübergehend die kleinste Fraktion, doch wir können erstmals Forderungen durchsetzen. So hat der Landtag unseren Gesetzentwurf angenommen, den Tag der Befreiung am 8. Mai zum Gedenktag zu erklären. Außerdem wurden linke Anträge zur Stärkung der Pflegeversicherung und für Gerechtigkeit bei den Sozialausgaben beschlossen, über weitere wird verhandelt.

Arbeitet die Linksfraktion im luftleeren Raum?

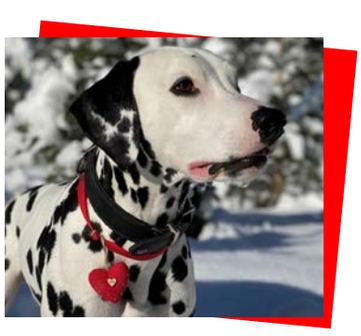
Unsere Abgeordneten wollen eng mit der Gesellschaft zusammenarbeiten. Dafür gehen sie 2026 auf Tour und konsultieren überdies seit längerem Menschen, die sich für Demokratie, sozialen Zusammenhalt und ein friedliches Zusammenleben einsetzen. So begrüßten wir am 8. April 2025 (Bild) sowie am 16. September 2025 viele Engagierte aus zahlreichen Themenfeldern im Landtag und stehen in ständigem Austausch.

Warum bleibt die AfD außen vor?

Die AfD-Fraktion hat erklärt, dass sie nicht am Konsultationsverfahren teilnehmen will. Das ist aber nicht der einzige Grund dafür, dass die anderen Fraktionen nicht mit ihr verhandeln. Die AfD ist in Sachsen eine rechtsextreme Partei, das ist gerichtlich erhärtet. Was sie vertritt, ist mit der Menschenwürde-Garantie des Grundgesetzes unvereinbar. Die AfD lebt von der Angst und versucht, die Demokratie ins Chaos zu stürzen. Bei der Mehrheitsbildung darf es also nicht auf sie ankommen. Das Bundesverfassungsgericht sollte übrigens endlich die Frage gestellt bekommen, ob die AfD verboten gehört oder nicht.

Tierschutz ist Erziehung zur Menschlichkeit (Albert Schweitzer)

Nicht nur Menschen schützen, sondern auch Tiere



Tierschutzarbeit ist fordernd und wird vor allem ehrenamtlich geleistet – das verdient Dank und Respekt! Im Staatshaushalt konnten wir höhere Zuschüsse für Tierheime und Tierschutzvereine durchsetzen, doch der Bedarf ist größer. Wir bleiben dran. Tierschutzeinrichtungen stehen indes nicht nur wegen der Futterkosten und Arztrechnungen unter Druck: Problematisch ist die wachsende Zahl an abgegebenen, ausgesetzten oder beschlagnahmten Tieren. Nötig sind deshalb Schritte gegen illegalen Welpenhandel und strengere Regeln für den Onlinehandel mit Tieren. Wir wollen auch die unkontrollierte Vermehrung von Streunerkatzen bekämpfen, weil sie unsägliches Leid für die Tiere bedeutet. Dazu wollen wir eine Kastrationspflicht durchsetzen, die in allen anderen Bundesländern bereits gilt.

In Sachsen arbeiten hunderttausende Pflegekräfte. **Doch nur ein Bruchteil wird bezahlt!** Schließlich bilden die Familienangehörigen den größten Pflegedienst, und die meisten Pflegebedürftigen leben daheim. **Sie alle verdienen es, entlastet und wertgeschätzt zu werden.**

Foto: istock @PIKSEL

Sächsische **Pflege-Fakten**

- In Sachsen erhielten 2023 insgesamt 363.243 Menschen Leistungen aus der Pflegeversicherung – weniger als 50.000 von ihnen lebten im Pflegeheim. Gegenüber 2013 hat sich die Zahl der Pflegebedürftigen fast verdreifacht.

- **Fast 24.000 Menschen** im Freistaat brauchten 2024 die **Sozialleistung „Hilfe zur Pflege“**, weil sie die Kosten nicht stemmen konnten. Ihre Zahl wächst rasch.

- Selbst ab dem vierten Jahr im Heim, wenn die Pflegeversicherung 75 Prozent des Eigenanteils trägt, müssen viele Bewohnerinnen und Bewohner viel zahlen – für Unterkunft und Verpflegung, Investitionen der Betreiber oder deren Ausbildungsaufwand.

Niemand soll Angst vor dem Alter haben müssen

Unser Weg zu würdevoller Pflege

Eine gute Rente reicht heute oft nicht mehr, wenn ein Mensch pflegebedürftig wird. Häufig sind Ausdauer und viel Papierkram nötig, bis die Pflegekasse zahlt. Wer gar im Heim leben muss, zahlt einen immensen Eigenbeitrag: in Sachsen im Schnitt schon etwa 3.000 Euro monatlich. Ist das Vermögen aufgebraucht, muss die Ehefrau oder der Ehemann einspringen, im äußersten Fall das mühsam erarbeitete Eigenheim verkauft werden. Zuletzt bleibt nur der Gang zum Sozialamt, und **die Früchte der Lebensleistung sind weg. Das ist kein würdevoller Lebensabend,** sondern das Gegenteil – zumal dann nichts von dem bleibt, was Kinder und Enkel eines Tages bekommen sollten.

So werden viele Menschen, die ihr Leben lang fleißig gearbeitet haben, zum Sozialfall. Die Linke nimmt das nicht hin! Die Pflegeversorgung darf nicht noch schlechter werden, wie das im Bund diskutiert wird. **Im Landtag machen wir Druck für gerechte Lösungen.** Die Pflegeversicherung muss zur Vollversicherung werden, die alle ohne Wenn und Aber absichert. Wer hierzulande im Job oder am Finanzmarkt ein Einkommen erzielt, soll angemessen einzahlen. Bisher bleibt jeder Euro oberhalb von über 66.150 Euro brutto pro Jahr beitragsfrei. Das wollen wir ändern: Auch wer sehr viel Geld einnimmt, muss sich an der Solidargemeinschaft beteiligen. Auf der Bundesebene soll die Staatsregierung dafür eintreten, dass die Eigenanteile gedeckelt werden.

Zudem sollte unser Bundesland ein Pflegewohngeld einführen: Wenn der Staat die Investitionskosten der Heime übernähme, müssten die Pflegebedürftigen im Monat hunderte Euro weniger zahlen. Außerdem schlagen wir nach bayerischem Vorbild ein Landespflegegeld von 1.500 Euro pro Jahr zur freien Verfügung vor, um etwas **Selbstbestimmung** zu bewahren. Wer Angehörige pflegt, sollte sich mit Rückkehrrecht vom Beruf freistellen lassen können, so wie beim Mutterschutz. Entgeltersatz sollte selbstverständlich sein, Pflegezeit bei der Rente angerechnet werden.

Jeder Tag unseres Lebens ist wertvoll, wir sollen unsere Zeit **in Würde verbringen können. Unser Land hat die Kraft und die Mittel, das allen zu ermöglichen** – auch der wachsenden Zahl älterer Menschen.

Dafür machen wir uns stark!

Gesundheit für alle

Sie haben das Recht auf lückenlose Gesundheitsversorgung. Dafür zahlen Sie schließlich Beiträge. Wer erkrankt, muss Hilfe bekommen, unabhängig von Wohnort und Geldbeutel. Deshalb treten wir dafür ein, alle Krankenhausstandorte zu erhalten – und haben durchgesetzt, dass mindestens 200 Millionen vom sächsischen Anteil am Bundes-Sondervermögen an die Kliniken fließen. Die Krankenhauslandschaft wurde nach 1990 mit Härte ausgedünnt: **Kein Standort darf mehr verloren gehen!** Bleiben muss stets mindestens eine Ganztags-Poliklinik mit Notaufnahme. Krankenhäuser sollen genug Investitionsgeld vom Staat bekommen, Gewinn-Ausschüttungen wollen wir verbieten.

Im Freistaat fehlen hunderte Hausärztinnen und Hausärzte, auch in vielen fachärztlichen Bereichen wächst der Mangel. Wir wollen mehr Medizin-Studienplätze einrichten, Bürokratie reduzieren und die Vergütung regelmäßig anpassen. Das Studium sollte mehr geeigneten Menschen offenstehen: Nicht mehr die Abiturnote sollte ausschlaggebend sein, sondern etwa auch soziale Kompetenzen.

Die Apotheken brauchen ebenfalls Hilfe. Ihre Zahl ist in Sachsen auf den niedrigsten Stand seit 1997 gefallen. Kostendruck, Bürokratie und Lieferengpässe gefährden viele Standorte, vor allem auf dem Land. Online-Apotheken bieten aber keine gute Beratung. Die Apotheken sollten deshalb zeitgemäß vergütet werden. Förderprogramme sollten die Digitalisierung voranbringen sowie Übernahmen und Gründungen erleichtern. Das alles ist möglich, wenn wir das Gesundheitswesen gerecht finanzieren: **Eine Krankenkasse für alle!** Die Beiträge dürfen nicht weiter steigen. Stattdessen sollen auch Menschen mit hohen Einkommen solidarisch beitragen, statt sich in Privatversicherungen zu verabschieden. Dann können wir nicht zuletzt mehr Vorsorge finanzieren. Das ist schließlich die beste Gesundheitspolitik und hilft zudem, Beitragsgeld zu sparen.

Das unterschätzte Problem

Einsamkeit gehört auf den Schirm!

Foto: istock @PIKSEL

Einsamkeit war früher ein kleineres Problem als heute. Heute wird oft unterschätzt, wie viele Menschen unter ihr leiden. Die Politik hat das noch nicht auf dem Schirm. Wir wollen das dringend ändern!

Wer kaum über die Runden kommt, wird eher keine Familie gründen. Wer aber keine Kinder hat, bekommt später auch keine Enkelkinder. Viele Familien wurden und werden getrennt, wenn der Nachwuchs Arbeit in der Großstadt oder gar im Westen sucht. Nur wenige kommen oft genug zurück. Und während es früher üblich war, sich in der Kneipe oder im Café zu treffen, ist das heute vor allem eine Geldfrage – wenn es überhaupt noch einen Begegnungsort in der Nähe gibt. Soziale Kontakte erfordern einen viel größeren Aufwand, und das Handy ersetzt keine persönliche Begegnung. Einsamkeit ist übrigens einer der Gründe dafür, dass die Suizidrate in Sachsen vergleichsweise hoch ist.

Bundesweit lebt ein Fünftel der Bevölkerung allein, im Freistaat betrifft das fast eine Million Menschen. Die Zahl der Singlehaushalte wächst. Einsamkeit und Isolation plagen bei weitem nicht nur ältere Menschen, sondern in hohem Maße auch Jüngere. In Sachsen gibt es noch keine tiefe Auseinandersetzung damit, Daten und eine Handlungsstrategie fehlen. Unser Land verdient aber eine Regierung, die den Zusammenhalt stärkt! Gesellschaften mit gutem Zusammenhalt sind freundlicher, friedlicher, produktiver, gesünder. Es ist wichtig, dass wir über Einsamkeit sprechen.

Wir haben als Linke konkrete Vorschläge. Zusammenhalt erfordert Orte, an denen die Menschen zusammenkommen können – Jugendklubs, Parks, Nachbarschaftszentren, Kulturhäuser, Bibliotheken, Museen, Spielplätze, Sitzecken, Sportanlagen. Nicht alles können die Kommunen unterhalten. Sie sollten aber ehrenamtliches Engagement unterstützen, das solche Angebote wirksamer machen kann. Menschen, die einsam sind, können im Ehrenamt aktiv werden, wieder Kontakte knüpfen und anderen helfen, denen es ebenso geht.

Auch die Förderung von Vereinen, Jugendfeuerwehren oder der Freiwilligendienste öffnet Wege in die Geselligkeit. Begegnungsorte müssen allen zugänglich sein. Der Freistaat könnte die Kommunen auch dabei unterstützen, „Plauderbänke“ aufzustellen. Es gibt sie schon in mehreren Städten. Wer sie nutzt, signalisiert den Wunsch, auch mit unbekannten Menschen ins Gespräch zu kommen. Daraus können sich Bekanntschaften und Freundschaften entwickeln. Das wirksamste Mittel gegen Einsamkeit ist eine Politik, die überall gute Einkommen und Lebensbedingungen schafft. Dann muss bestenfalls kein junger Mensch mehr dauerhaft wegziehen – und es wäre kein Armutsrisiko, Kinder zu bekommen.

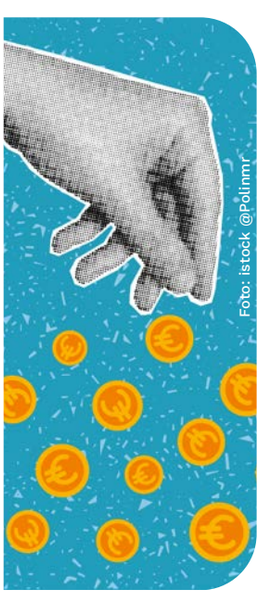


Foto: istock @Polinmr

Im Öffentlichen Dienst und darüber hinaus

Gute Arbeit hat ihren Preis - Löhne rauf!

Im **Öffentlichen Dienst des Freistaates** arbeiten viele Menschen, die dafür sorgen, dass unsere Gesellschaft funktioniert: zum Beispiel die Lehrerinnen und Lehrer, die unsere Kinder unterrichten, oder auch die Pflegekräfte an den Universitätskliniken. In den aktuellen Tarifverhandlungen der Länder wird darüber entschieden, wieviel uns ihre Leistung wert ist. **Wir stehen an der Seite der Beschäftigten** - auch dann, wenn sie zum Mittel des Streiks greifen müssen, um für ihr Recht zu kämpfen. Ihnen eine angemessene Bezahlung vorzuenthalten, wäre ein Hohn, während gleichzeitig Vermögende geschont und Milliarden für Aufrüstung ausgegeben werden. Höhere Löhne im Öffentlichen Dienst werden auch dazu führen, dass die Löhne für alle steigen. Wir stehen an der Seite der Beschäftigten, denn ihre Arbeit macht unser Leben besser.

Für Sie im Landtag
Unsere Abgeordneten

Foto: Thomas Schlorke

Susanne Schaper **Fraktionsvorsitzende,** Sprecherin für Soziales, Gesundheit, Inklusion/Menschen mit Behinderungen, Tierschutz, Pflege, Tourismus
Susanne.Schaper@slt.sachsen.de

Foto: Thomas Schlorke

Juliane Nagel Sprecherin für Wohnen, Antifaschismus, demokratische Gesellschaft, Kinder- und Jugendpolitik, Gleichstellungs- und Queerpolitik
Juliane.Nagel@slt.sachsen.de

Foto: Thomas Schlorke

Stefan Hartmann **stellvertretender Fraktionsvorsitzender,** Sprecher für Strukturentwicklung, Verkehr, Wirtschaft, Umwelt, Klima, Digitalisierung
Stefan.Hartmann@slt.sachsen.de

News

Bleiben Sie auf dem Laufenden!

#sogehtsolidarisch: Unser **Newsletter gibt immer zur Monatsmitte** und am Monatsende kurz und knackig den Überblick zur Landespolitik aus linker Sicht. Gern abonnieren – kostenlos und jederzeit kündbar: www.linksfraktion-sachsen.de/newsletter-abonnieren

Foto: istock @Azovsky

Interview

Bedrohte Zivilgesellschaft

Bildrechte: NDK

Ermutigt durch die Wahlerfolge der AfD, treten auch **Neonazis im öffentlichen Leben** wieder so laut und gewalttätig auf wie seit den Neunziger Jahren nicht mehr. Umso wichtiger sind die Vereine und Initiativen der Zivilgesellschaft, die sich in Sachsen für ein friedliches, demokratisches Zusammenleben einsetzen. Doch sie stehen unter Beschuss.

Wir sprachen dazu mit **Ludwig Henne vom Netzwerk Demokratische Kultur.** Das NDK leistet seit über 25 Jahren Bildungs-, Demokratie- und Erinnerungsarbeit in Wurzen und Umgebung. Es bietet zugleich das Offene Haus D5, in dem Menschen sich begegnen und miteinander diskutieren können – von der politischen Initiative bis hin zur Sport- oder Pokémon-Spielgruppe.

Was für Erfahrungen habt ihr mit Anfeindungen und Angriffen?

Wir haben schon eine Vielzahl von Übergriffen erlebt – von eingeschlagenen Fensterscheiben und Hakenkreuz-Schmierereien bis hin zu einer selbstgebastelten Rohrbombe in den 2000er Jahren. 2024 gab es eine Welle von Anschlägen auf unser Mitmach-Café, das mitten in der Wurzener Innenstadt Menschen zusammenbrachte. Neu sind die massiven politischen Angriffe im Stadtrat. Dort gibt es inzwischen eine Mehrheit, die versucht, unsere Arbeit zu behindern und zu zerstören.

Was ist dort geschehen?

Zuletzt hat eine große Mehrheit aus CDU, AfD und „Bürger für Wurzen“ es abgelehnt, den kommunalen Anteil zu zahlen, der im Rahmen der Kulturraumförderung erforderlich ist. Als daraufhin Bürgerinnen und Bürger die fehlenden 13.000 Euro an die Stadt gespendet haben, wurde die Weitergabe an den Kulturraum abgelehnt. Damit fällt eine Förderung von insgesamt 83.000 EUR für das NDK weg, die Wurzen keinen Cent gekostet hätte! Es geht hier offenbar gar nicht um Geld, sondern um einen Kulturkampf der extremen Rechten gegen die demokratische Zivilgesellschaft.

Welche Folgen hat das?

Ohne diese Mittel können wir einen wichtigen Teil unserer Arbeit in Wurzen nicht fortführen – insbesondere den gesamten Kulturbereich. Das betrifft die vielen Veranstaltungen, die wir im Kulturkeller des D5 regelmäßig organisieren: Konzerte, Theater, Lesungen, Diskussionsabende, Open-Air-Kinos, Ausstellungen oder Feste.

Wie haben die Menschen in Wurzen und darüber hinaus auf diesen Angriff reagiert?

Wir waren ehrlich überwältigt davon, wie viele Menschen ihre Unterstützung zeigten – durch Spenden, mediale Berichterstattung, Stellungnahmen, aber auch durch unzählige E-Mails, Briefe und kleine Päckchen mit Schokolade und Tee, die uns viel Kraft schenkten. Diese Welle an Solidarität stärkt uns und zeigt, dass es Menschen gibt, die sich nicht entmutigen lassen.

Welche Hilfe könnt ihr derzeit konkret gebrauchen?

Die klare Antwort lautet: finanzielle Unterstützung. Man kann zum Beispiel Fördermitglied in unserem Verein werden. So können wir unsere Arbeit fortsetzen und weiterhin ein Raum für Begegnung, Bildung und demokratisches Engagement bleiben.

KZ-Gedenkstätte Sachsenburg vollenden!

Gerade in Sachsen gab es viele frühe Konzentrationslager, in denen die Nazis seit 1933 ihre Opfer quälten. Trotzdem hatte Sachsen lange keine würdige Gedenkstätte, die an diese Verbrechen erinnerte. Seit vielen Jahren setzten sich aber die Lagerarbeitsgemeinschaft Sachsenburg und die Geschichtswerkstatt Sachsenburg für die Einrichtung einer Gedenkstätte mit Dauerausstellung auf dem Gelände des ehemaligen KZ Sachsenburg bei Frankenberg ein.

Im Entwurf der Staatsregierung zum Doppelhaushalt 2025/26 fehlten die dafür nötigen Mittel jedoch zunächst. Die Fraktion Die Linke hat sich gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in den Verhandlungen mit CDU und SPD entschieden dafür eingesetzt, dass dieses Projekt doch finanziert wird.

Mit Erfolg! 1,5 Millionen Euro sind bewilligt und der Bau dieses wichtigen antifaschistischen Gedenkortes kann weitergehen.

www.gedenkstaette-sachsenburg.de

Foto: istock @skynesher

Schule & Bildung

Lehrkräfte sind zum Unterrichten da!

Wer etwas über die Zukunft erfahren will, sollte besser bei einer Hellseherin Rat suchen als bei der CDU.

Über viele Jahre waren sich die Christdemokraten sicher, die Zahl der Kinder in Sachsen werde stetig sinken. Weil seit jeher die CDU in Sachsen den Bildungsminister stellt, wurde diese Prophezeiung zur Grundlage der Politik. Man stellte nicht genügend Studienplätze für das Lehramt zur Verfügung und vergraulte ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer in andere Bundesländer.

Lösungen für den Schulausfall

Die Folgen dieser Fehlentscheidungen müssen nun die Kinder in Sachsen und ihre Eltern und Großeltern ertragen: **Mehr als 1000 Stellen für Lehrkräfte sind derzeit unbesetzt,** darunter 50 in der Schulleitung. Im Schuljahr 2024/25 musste fast jede zehnte Stunde an sächsischen Schulen ausfallen! Besonders schlecht ist die Lage an den Oberschulen und im ländlichen Raum. Die Zukunftschancen unserer Kinder sind in Gefahr. **Fast jedes zehnte Kind verließ 2024 die Schule ohne einen Abschluss.**

Die Linksfraktion widerspricht jedem Versuch, die Schuld an der Krise an unseren Schulen den Kindern von Geflüchteten zuzuschieben. Ebenso lehnen wir es ab, die Last allein den Lehrerinnen und Lehrern aufzubürden, indem sie zu noch mehr Arbeit gezwungen werden. Eine Arbeitszeituntersuchung im Auftrag des Kultusministeriums kam jüngst zu dem Ergebnis, dass ein Großteil der Lehrkräfte schon jetzt überlastet ist und freiwillig Mehrarbeit leistet. Auch wir können die Lehrerinnen und Lehrer, deren Ausbildung in der Vergangenheit versäumt wurde, nicht auf der Stelle herbeizaubern. Aber wir haben konkrete Vorschläge, um die Lage sofort zu verbessern und in Zukunft grundlegend zu ändern. Dabei orientieren wir uns an den Vorschlägen, die Expertinnen und Experten gemeinsam mit Betroffenen im Projekt „Bildungsland Sachsen 2030“ erarbeitet haben.

Mehr Schulstunden retten!

Die Lehrkräfte sollen sich auf das Unterrichten konzentrieren können. Wir müssen sie von überflüssiger Bürokratie ebenso entlasten wie von Arbeit, die Assistenzkräfte besser erledigen können: etwa in den Bereichen Verwaltung, Technik, Sozialarbeit und Psychologie. Wo es sinnvoll ist, sollte über Fächer- und Altersgrenzen hinweg unterrichtet werden. Lehrerinnen und Lehrer sollten an verschiedenen Schularten unterrichten können – auch wenn sie nur auf ein Fach spezialisiert sind. Rahmenlehrpläne sollten mehr Freiraum bei der Gestaltung des Unterrichts lassen. Wir brauchen für zukünftige Pädagoginnen und Pädagogen mehr Studienplätze – zugleich sollte das Studium regionaler werden und sich stärker an der Praxis orientieren.

Ein Mittel, mehr Unterricht zu ermöglichen, wäre es auch, endlich **mehr Gemeinschaftsschulen** einzurichten. Aber die Gemeinschaftsschule ist mehr als das: Sie sorgt für ein längeres gemeinsames Lernen, ist dadurch die pädagogisch sinnvollste Schulform und hilft außerdem, etwas gegen die soziale Spaltung in unserer Gesellschaft zu tun, die in Sachsen bisher schon nach der vierten Klasse beginnt.

Foto: Thomas Schlorke

Nam Duy Nguyen Sprecher für Gewerkschafts- und Arbeitspolitik, Sport, Asyl- und Migrationspolitik, ostdeutsche Belange
NamDuy.Nguyen@slt.sachsen.de

Foto: Thomas Schlorke

Luise Neuhaus-Wartenberg **Parlamentarische Geschäftsführerin,** Sprecherin für Bildungspolitik, Kultur und Medien
Luise.Neuhaus-Wartenberg@slt.sachsen.de

Foto: Thomas Schlorke

Rico Gebhardt Sprecher für Verfassung und Recht, Innenpolitik, Kommunalpolitik, Feuerwehr, Rettungsdienst, Bevölkerungsschutz, Haushalts- und Finanzpolitik
Rico.Gebhardt@slt.sachsen.de

Wir gehen 2026 auf Tour

„Ihr Alltag, unsere Aufgabe – Gemeinsam für ein besseres Leben!“
Krankenhäuser schließen, Vereine haben Geldnot, der Jugendklub kämpft um die Existenz, die Infrastruktur ist marode, das Schwimmbad verfällt, Busse fahren kaum: Vielerorts ähneln sich die Probleme. Und doch braucht jede Stadt, jede Gemeinde ihre eigenen Lösungen. Darüber wollen wir vor Ort ins Gespräch kommen – unsere Abgeordneten touren 2026 durch Sachsen. **Mehr dazu bald unter:**
www.linksfraktionsachsen.de

Rätsel

Sie haben das Lösungswort gefunden?

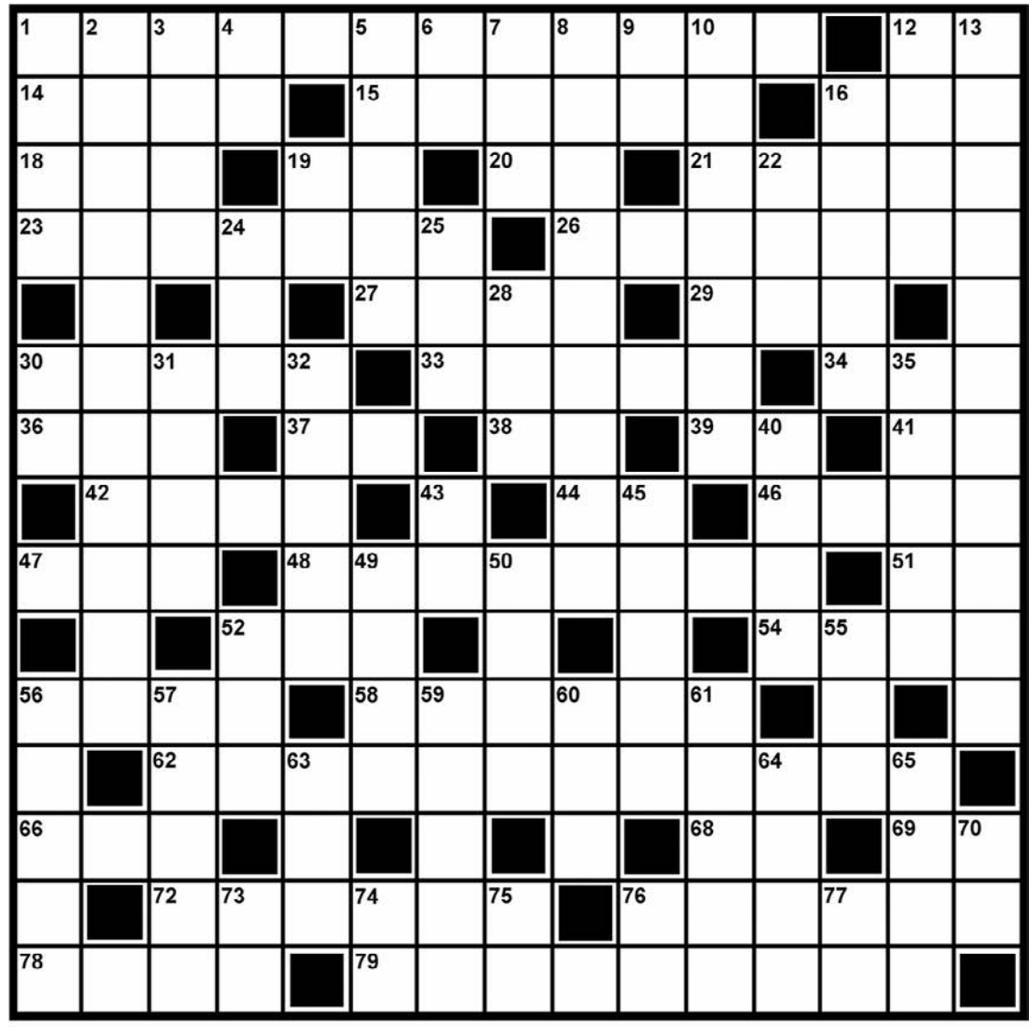
Senden Sie es per Post an:
Fraktion Die Linke im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Pl. 1
01067 Dresden

oder per E-Mail an:
raetsel@linksfraktion-sachsen.de

Kennwort: **»lila-Preisrätsel«.**
Einsendeschluss ist der
15. Januar 2026 (Poststempel)

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir unter Ausschluss des Rechtsweges **drei Büchergutscheine!** Die Gewinne werden zugeschickt, deshalb bitte die Adresse nicht vergessen.

Die Adressdaten werden ausschließlich für die Versendung der Gutscheine an die Gewinnerinnen und Gewinner genutzt und danach gelöscht. Die Finanzierung der Preise erfolgt über Spenden unserer Abgeordneten. Beschäftigte der Fraktion Die Linke und deren Angehörige sind teilnahme-, aber nicht gewinnberechtigt.



Lösung

36	16	63	37	44	38	5	47	31	40	69	61	48

Die Linke
Fraktion im Sächsischen Landtag

Impressum

Fraktion Die Linke
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Vorsitzende: Susanne Schaper

0351 4935800
linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktionsachsen.de

V.i.S.d.P.: Kevin Reißig
Gestaltung: KNOPX Designbüro
Titelfoto: Thomas Schlorke
Druck: DVH Weiss-Druck GmbH & Co. KG
Auflage: 1,8 Mio.
Stand: November 2025

Weitere Informationen in unter anderem folgenden Landtagsdrucksachen:
8/257; 8/654; 8/658; 8/713; 8/1432; 8/2681; 8/2765; 8/3581; 8/3684; 8/3965; 8/4097; 8/4505
Alle Drucksachen unter:
https://edas.landtag.sachsen.de

Waagerecht

1. nötige Schritte für mehr Gerechtigkeit, **12.** Abk.: ab Werk, **14.** grober Sand, **15.** manche, nicht wenige, **16.** Tanzfigur der Quadrille, **18.** Abk.: Arkustangens, **19.** Abk. für akadem. Grad: Doktor, **20.** Initialen des Schauspielers Delon, **21.** Gangregler der mechanischen Uhr, **23.** Abgaben an den Staat – der für Einkommen zu entrichtende Betrag betrifft leider auch immer mehr Rentnerinnen und Rentner, **26.** Vorsitzende der Linksfraktion, **27.** Mediziner, **29.** Bund fürs Leben, **30.** den Ackerboden auflockern, **33.** Figur aus Wilhelm Tell, **34.** Lichtschutzfaktor (Abk.), **36.** Stylingprodukt für Haare, **37.** Europäische Union (Abk.), **38.** amerikan. Grußwort: Hallo, **39.** Abk.: Teilkasko, **41.** chem. Symbol: Thallium, **42.** Keimgut, junges Grün, **44.** hundertstel Meter (Abk.), **46.** Pamir-Randgebirge, **47.** internat. Raumstation (Abk.), **48.** Auffangstation für Tiere, muss besser finanziert werden, **51.** Initialen des Schauspielers Celentano, **52**. Harry Potters Freund (Vorname), **54.** Abk.: mathematisch, **56.** Vorname der Sängerin Bause („Spielverderber“), **58.** dumme Handlung, Torheit, **62**. Kernproblem der medizinischen Versorgung, **66.** Kfz - Kennzeichen: Kyffhäuserkreis, **68.** Abk.: extra old (Cognac), **69.** Kfz-Kennzeichen: Erfurt, **72.** Mineral, Porzellanerde, **76**. Werktätigkeit, die guten Lohn bringen muss, **78.** Vorname des dt. Rechenmeisters Ries (1492-1559), **79.** Preissteigerung, die Reichen egal ist,

Senkrecht

1. früherer Zarenerlass, **2.** wichtiger Teil des Tages („Nahrungsmittelquelle“), sollte für Schülerinnen und Schüler kostenlos sein, **3.** zum Herzen führende Blutader, **4.** Initialen des Schriftstellers Strittmatter (†1994), **5.** lateinisch: Erde, Land, **6.** Hühnerprodukt, **7.** Kurzform von Katharina, **8.** Teil des Augen-Make-ups, **9.** Abk.: Untergeschoss, **10.** Novität, Neues, **12.** altes Reifenluftdruckmaß, **13.** Zwangsdienst, den die Linksfraktion ablehnt, **16.** männliche Ente, **19.** Adresskürzel im Internet für Deutschland, **22.** nicht weit, nebenan, **24.** Vorname der Sängerin Freudenberg („Jugendliebe“), **25.** kurz für: Nordrhein Westfalen, **28.** Fußteil, **30.** Vorläufer der EU (Abk.), **31.** dt. Schauspielerin (Uschi), **32.** Betrag nach Abzug (der Steuern, ...). **35.** polit. Gebilde, souveränes Land, **40.** Frisierwerkzeug, **43.** Ansage auf Kontra (Skat), **45.** griech. Sagengestalt, Iasons Gattin, **49.** Figur in „Der Troubadour“, **50.** ehem. Präsident von Südkorea (Syngman †1965), **52.** engl. Polarforscher (1813-1893), **55.** Stadt im Erzgebirge an der Zwickauer Mulde, **56.** erste gesamtruss. Zeitung (sozialist. Exilzeitung um 1900), **57.** in Prag geborener deutschsprachiger Schriftsteller (Franz, 1883-1924), **59.** kleines Felsstück, **60.** Abk.: local mean time, **61.** reaktionsträge (Chemie), **63.** brasilian. Hafenstadt (Kzw.), **64.** Wüste in Zentralasien, **65.** Faser-,/Ölpflanze, **70.** Kurzzeichen für amerik. Längenmaß foot, **73.** kurz für: an dem, **74.** chem. Symbol: Lithium, **75.** Abk.: Niederfrequenz, **76.** Abk.: ad acta, **77.** Initialen des eh. Tatortkommissars Ode († 1983).

Politische Anzeige | Auftraggeberin ist die Fraktion Die Linke im Sächsischen Landtag. Die Anzeige steht im Zusammenhang mit der Information der Öffentlichkeit über die parlamentarische Arbeit der Fraktion Die Linke im Sächsischen Landtag. Weitere Informationen unter:

Chemnitz

Leipzig
Dresden